



Beschluss

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

TOP II. 19. Volksverhetzung aus dem Ausland im Internet wirksam bekämpfen

Berichterstattung: Brandenburg

1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben erneut die Probleme erörtert, die bei der Verfolgung von aus dem Ausland begangenen Volksverhetzungen auftreten.
2. Sie erinnern an den Beschluss auf ihrer Frühjahrskonferenz am 6./7. Juni 2018, in dem sie die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz gebeten haben, einen Vorschlag vorzulegen, wie die Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts auch bei vom Ausland ausgehenden Handlungen – insbesondere über das Internet – sichergestellt werden könnte.
3. Sie halten es, neben einer konsequenten strafrechtlichen Verfolgung, für erforderlich, offenkundig volksverhetzende Inhalte und Produktangebote, mittels derer eine Verunglimpfung der Opfer und Verharmlosung des zur NS-Zeit begangenen Völkermords an den europäischen Juden stattfinden, aus dem Internet entfernen zu lassen.
4. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten die Bundesregierung, sich für eine EU-weite Regelung einzusetzen, die behördliche oder gerichtliche Anordnungen zur Beseitigung einschlägiger Internet-Inhalte ermöglicht.